

Die Vorsitzende Abg. Ruiters eröffnete die 1. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration in der neuen Wahlperiode und begrüßte die Anwesenden zunächst in ihrer Funktion als neue Vorsitzende. Sie freue sich auf ihre neue Aufgabe und wünsche sich für die Zukunft eine gute Zusammenarbeit.

Vor Einstieg in die Tagesordnung bat sie alle Anwesenden um Beachtung der derzeit geltenden Hygienevorschriften. Anschließend verwies sie auf die Einladung vom 23.02.2021, die form- und fristgerecht erfolgt sei und erklärte, dass sie als leitende Angestellte der ARGE Wohlfahrt hinsichtlich der Tagesordnungspunkte 8.4 und 8.5 befangen sei, sodass die Sitzungsleitung hier von der stv. Vorsitzenden, Abg. Helmes, übernommen werde.

Als Tischvorlagen lagen zur Sitzung vor:

- der Antrag der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE vom 26.02.2021; Antrag zum Haushalt 2021/2022 – Pflegeberatung im Rhein-Sieg-Kreis

- der Antrag der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE vom 26.02.2021; Antrag zum Haushalt 2021/2022 – Unterstützung von Frauen in Not

- der Antrag der Kurdischen Gemeinschaft Rhein-Sieg/Bonn e.V. vom 03.03.2021; hier: Antrag auf Förderung – regionale Flüchtlingsberatung.

Bezüglich der Tagesordnung schlug die Vorsitzende auf Empfehlung der Verwaltung vor, den mit der Tischvorlage vorliegenden „Antrag der Kreistagsfraktionen CDU/ GRÜNE; Antrag zum Haushalt 2021/2022 – Pflegeberatung im Rhein-Sieg-Kreis“ als Tagesordnungspunkt 8.19, den weiteren Antrag der vorgenannten Fraktionen zum Thema „Unterstützung von Frauen in Not“ als Tagesordnungspunkt 8.20 und den Antrag der Kurdischen Gemeinschaft Rhein-Sieg/Bonn e.V. auf Förderung der regionalen Flüchtlingsberatung als Tagesordnungspunkt 8.21 zu beraten.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden, ob die Ausschussmitglieder mit der erweiterten Einladung einverstanden seien, meldete sich Abg. Schmitz zu Wort und wies darauf hin, dass der Antrag der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE vom 03.02.2021 zum TOP 8.1 keine Haushaltsrelevanz habe und daher grundsätzlich vor dem Tagesordnungspunkt 8 zu behandeln sei; der Übersicht halber schlug er jedoch vor, diesbezüglich keine Änderung in der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte vorzunehmen. Gleichzeitig beantragte er im Namen seiner Fraktion, die inhaltlich zusammenhängenden Anträge zu den Tagesordnungspunkten 8.4 und 8.5 zur Thematik „AWO-Wohnberatung“ gemeinsam zu beraten und zu beschließen; gleiches betreffe die Tagesordnungspunkte 8.15 und 8.16 zur Thematik „allgemeine Sozialberatung“.

Hiermit waren die Ausschussmitglieder einverstanden, sodass die Vorsitzende Einvernehmen über die geänderte Tagesordnung feststellte.